
Rechtsradikalismus und Ausstieg - Erfahrungen und Überlegungen

Dr. Bernd Wagner

Abstract

Der Begriff des „Faschismus“ ist im strukturellen Wertediskurs von Humanismus aus der Mode gekommen, gleichwohl ist er für die Freiheitsfeindlichkeit stärker erschlossen worden, zum Schaden für demokratische Werte. Das liegt in der Natur der historischen Entwicklung. Seit dem der Stalinismus aus der Sowjetunion und der III. Kommunistischen Internationale den Antifaschismus an sich gerissen hatte, konnte er nicht mehr aus diesem Paradigma gelöst werden. Das zeigt sich an der fatalen Entwicklung der DDR als „antifaschistischer Staat“. Auch in der BRD zeigt sich ein eher rigider Umgang mit dem „Antifaschismus“, den vorgeblichen Widersänger des „Faschismus“.

Bis in die Gegenwart gibt es verschiedene Versuche, den Faschismus als theoretische Vorstellung und von einem kritischen Standpunkt aus als eine negative gesellschaftliche Erscheinung neu zu verstehen. Daraus könnten neue Formate der Auseinandersetzung entstehen, die nicht an der Gewaltorientierung und Eindimensionalität von finaler Freiheitsfeindlichkeit scheitern.

Der vorliegende Beitrag versucht den Teil von Praxis der Deradikalisierung, der sich mit dem „EXIT“ aus rechtsradikalen Denk- und Verhaltensstrukturen befasst mit einem antifaschistischen Verständnis zusammenzubringen. Allerdings gehört der beschriebene und kontextualisierte EXIT-Ansatz nicht ausdrücklich zum aktuell etikettierten „Antifaschismus“ in Deutschland. Eher geht es um das Paradigma der „demokratischen Kultur“.

1. Ausgangspunkte

In der Geschichte finden sich vielfältige Bewegungen und Staaten, die von ihrem Menschenbild und dem Bild, wie die menschliche Welt beschaffen sein sollte, den Menschenrechten Feind sind.

Dramatische Dimensionen und Zeiten prägten das 20. Jahrhundert, deren Wirkungen sich bis in die Gegenwart ziehen, heute neu genährt werden und wieder erstarken. So entstanden welt-weit die faschistischen Bewegungen und Diktaturen, die nicht nur ein autoritäres Gesellschafts-leben bestimmten, sondern auch brutale Kriege führten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, Millionen Menschen auf dem Gewissen haben. Deutschland spielte dabei eine herausragende Rolle.

Die faschistischen Strukturen bildeten nicht nur politisch-weltanschauliche Kritik-, Oppositions- und ‚Utopie‘bewegungen, sondern entwickelten sich in vielen Ländern zur Staatsfähigkeit, in-dem zumeist mit herrschenden Mächten Bündnisse geschlossen wurden, die in der Diktatur ein Instrument sahen, ihre Macht zu sichern oder auszubauen, ökonomische, soziale und kulturelle Interessen durchzusetzen. Sie bilden in ihrem politischen und gesellschaftlichen Gehalt ein relativ eigenständiges Format, wenngleich es Schnittmengen mit anderen Strukturen der ideologisch-politischen-religiösen Welt des gesellschaftlichen Überbaus gibt.

Das zentrale Moment der Existenz faschistischer Strukturen ist die ideologische Vorstellung, dass es universelle Menschenrechte nicht gäbe, die das Verbindende und grundlegend sichernde eines friedlichen Zusammenlebens sei. Das Eigentliche sei stattdessen der Ultrationalismus, der ethnisch, rassistisch, völkisch grundiert sei. Um dieses Eigentliche zu sichern und allgemein durchzusetzen, sei es erforderlich die Gesellschaft als Kampfplatz um Rasse und Nationen zu begreifen, wobei die eigene biologisch bedingte kulturelle Art, Ethnie, Nation oder Rasse erhalten und durchgesetzt werden müsse, die zumeist als überwertig angesehen werden. Diese ideologischen Grundfiguren werden in allen politischen Konstruktionen und Praktiken als Imperativ eingebunden. Demokratie, die auf den Menschenrechten beruht, kann deshalb, nach der Ansicht von Rechtsradikalen keinen Bestand besitzen und sei ‚lebensfremd‘ zu bekämpfen.

Michael Minkenberg verglich in der Mitte der 1990er Jahre faschistische Bewegungen, zunächst in den USA, in Frankreich und Deutschland und weiter dann in Osteuropa. Er entwickelte daraus vor dem Hintergrund der Menschenrechtsvorstellung ein Wesens-Modell des Rechtsradikalismus als eine wissenschaftliche und politische Kategorie, die man als synonym mit Interpretationen eines Begriffs von ‚generischem Faschismus‘, wie er auch von Roger Griffin dargestellt wird, deuten kann.

„Rechtsradikalismus ist eine politische Ideologie, die im Kern aus einem Mythos in Form eines populistischen und romantischen Ultrationalismus besteht und die sich daher tendenziell gegen die liberale Demokratie und deren zugrunde liegende Werte von Freiheit und Gleichheit sowie die Kategorien von Individualismus und Universalismus richtet.“

Durch den imperativen, mythologischen Charakter des Rechtsradikalismus als Ideologiepalette weisen die rechtsradikalen Bewegungen in letzter Instanz einen Missionscharakter auf, der sie als politische Weltanschauung ebenso wie als politische Religionen ausweist. Die verschiedenen Bewegungen bilden in ihrem praktischen Dasein in den einzelnen Ländern und auch in Gestalt internationaler Vernetzungen und Aktionsfronten einen Gesamtzusammenhang, der sich gegen die demokratische Kultur, die Menschenrechte, die Freiheit und die Würde von Menschen und Menschengruppen und die demokratische Verfasstheit von Staaten und die konkret ausgeprägte Rechtsstaatlichkeit richtet.

Rechtsradikale Bewegungen sind in ihren gesellschaftlichen Wirkungen freiheitsfeindliche Bewegungen, gleichgültig welche Rhetorik verwandt wird, um eigene Freiheitsbegriffe zu behaupten, jedoch aus der Freiheit in der Tendenz gesellschaftlich herausführen, Gruppen von Menschen und den Einzelnen in Welten der Illusion führen. Das bezieht sich auch auf die Erklärungen

der Welt, von der Natur und Geschichte, der Wirtschaft und Kultur, zu denen viele Erzählungen grassieren, die sich aus dem ideologischen Kern heraus formieren und sich agitatorisch und propagandistisch präsentieren.

Rechtsradikale Bewegungen sind nicht nur ein Angriff auf die Grundwerte einer Gesellschaft, den Lebensalltag in eine Richtung, so in die völkische oder rassistische Richtung zu bewegen, sondern stellen einen unmittelbaren Bruch und Kampf gegen die demokratisch-menschenrechtliche Grundordnung dar, der die Bedingungslosigkeit des Kämpfens als Gewaltförmigkeit, als Aggressivität einschließt, unabhängig davon welche Methoden von Gewaltausübung vollzogen werden.

Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen politischer, religiöser, freiheitsfeindlicher Ideologie, der Bewegungsdynamik von Organisationen, Gruppen und Personen sowie Aggression und Gewalt als die drei Grunddimensionen der Radikalität. Sie wirken als Mechanismen mit ihren jeweiligen eigenen inneren und externen Bewegungen in den Köpfen, in den Strukturen und Zusammenhängen des Handelns direkt zusammen, ineinander, nebeneinander und aufeinander, mitunter auch gegeneinander. Nach außen erscheint die Radikalität nicht selten als Aggression, als Druck, als Macht oder auch als Überzeugungskraft und subversive Wirkung in Situationen oder in Strukturen und Verhältnissen, die als Ganzes wahrgenommen wird. Radikalität ist also nicht allein Gewalt und ihre Aura.

In den Augenblicken des inneren Antagonismus in den rechtsradikalen Bewegungen, in den Strukturen, Gruppen und den einzelnen Personen, der sich als ein Erleben darstellt, besteht die Chance für wirksame Interventionen, besonders zur Etablierung von Zweifeln an der Weltanschauung und an den Überzeugungen letzter Wahrheit, die der Rechtsradikalität naturhaft innewohnen würde, wie es oft heißt und wie es die gezielte Propaganda rechtsradikaler Exponenten vorgibt.

Die Radikalitätsdimensionen und -dynamiken spielen sich auf der gesellschaftlichen, territorialen Ebene ebenso ab, wie im virtuellen Raum des Internets, in Sozialräumen, in Gruppen und Netzwerken und auch in den einzelnen Personen selbst. Die rechtsradikalen Protagonisten handeln als unterschiedlich radikalisierte Strukturen und Personen für die rechtsradikale Bewegung, in ihr und sind zugleich Funktionselemente der Bewegung, jeweils mehr oder weniger bewusst agierend.

Rechtsradikale Bewegungen sind sämtlich bestrebt öffentliche und soziale Mobilisierungen zu erreichen, die von ihnen unter Beschuss genommenen gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen zu beseitigen und statt ihrer eigene soziale, geistig-kulturelle, wirtschaftliche, politische Konstruktionen zu setzen. Dazu werden in Strängen, Komplexen, Projekten und Aktionen und allgemein auch im Lebensalltag territorial bezogene Raumordnungskämpfe, ideologische und politische Auseinandersetzungen geführt, Agitation und Propaganda betrieben, nach kultureller Hegemonie gestrebt oder auch Schrecken verbreitet, um erklärte Feinde einzuschüchtern, zu vertreiben, zu beseitigen, staatliche und gesellschaftliche Strukturen in Handlungsmuster hineinzuzwingen, indem im größeren oder kleineren Stil Terror gegen symbolhaltige und lebenswichtige Sachen und entsprechende Personen ausgeübt wird.

Im Idealfall gelingt es rechtsradikalen Bewegungen legal oder putschistisch an staatliche Macht zu gelangen oder an ihr beteiligt zu sein. Dazu bedarf es einer hinreichenden Unterstützung in der und außerhalb der rechtsradikalen Bewegung, insbesondere aus der Bevölkerung, aus den etablierten Macht-, Medien- und Politikinstitutionen sowie der Wirtschaft. Das belegen die bisherigen geschichtlich aufgelaufenen Machtkonstellationen, einschließlich der rechtsradikalen, faschistischen Diktaturen, wenngleich sie unterschiedlicher Intensität und Stabilität waren.

2. Historische Bemerkungen

Der deutsche Rechtsradikalismus erstarkte insbesondere nach dem I. Weltkrieg in der Zeit instabiler Demokratie, schwankender oder krisenhafter Wirtschaft, harter Reparationen, Gebietsverlusten und Besatzung, sehr starker sozialer Spaltung, die besonders in der Zeit der Inflation und der Weltwirtschaftskrise zu Tage trat.

Rechtsradikale Kräfte versuchten in Deutschland mehrfach Macht an sich zu reißen, so mit dem „Kapp-Putsch“ oder der Versuch von Hitler, Ludendorff und anderen in München einen Staatsstreich zu unternehmen, der scheiterte. Hitler wurde verurteilt, schrieb in der kurzen Festungshaft das programmatische Konvolut „Mein Kampf“, das ein Rahmenprogramm eines rechtsradikalen Flügels darstellte und den Kern rechtsradikalen Denkens und rechtsradikaler Mentalität klar heraushob, der sich wirksam in strategisch angelegte Propaganda umsetzen ließ, die von den Anhängern und rechtsradikalen Organisationen und Medien unter Nutzung der modernen Technik der Zeit in den Alltag hineinmultipliziert wurde.

Mit diesen Entwicklungen bestand damit für die herrschenden Kräfte in Politik und Wirtschaft die Gefahr einer revolutionären Situation, die bürgerlich-demokratische und kapitalistische Politik-, Wirtschafts- und Sozial-Ordnung in Frage gestellt hätte. Die Lage wurde durch Vertragslagen angefeuert, die sich aus der von den Alliierten aufgezwungenen Nachkriegsordnung zu Ungunsten der Bevölkerung ergaben. Der NSDAP gelang es, zur stärksten rechtsradikalen Partei zu werden. Sie dynamisierte ihren Einfluss über einen Führerkult, der in seiner Zeit auf weitläufige Aufnahmebereitschaften in Teilen der Bevölkerung wirksam wurde und auch in den herrschenden Kreisen Unterstützungsbereitschaften auslöste. Mit der Übergabe der Demokratie durch die völkischen, vaterländischen und monarchistischen Konservativen an die Hitlerpartei, begann die für die Welt folgenschwere Diktatur, die geradenwegs in den II. Weltkrieg getrieben wurde und maßlose Völkermorde und Massenverbrechen der NS-Macht und ihrer Protagonisten verursachte. Es entfaltete sich ein System innerdeutscher Repression, Verfolgung und ideologischer Manipulation, mit Konzentrationslagern, vollen Gefängnissen, Massenmorden an Missliebigen verschiedener Art aber auch mit einer Spaßgesellschaft und Propagandaproduktionen auf allen Gebieten. Das Staatsverbrechen wurde die Grundlage der Politik und nistete sich im Alltagsleben, besonders im Krieg der zum totalen auswuchs: ein Geschehen, das sich weltweit verbreitete. Es wurden Bündnisse mit faschistischen, rechtsradikalen Bewegungen und Staaten entwickelt, insbesondere mit Italien und Japan. Der staatliche Rechtsradikalismus wurde internationalisiert, der von Staat zu Staat jeweils auch eigene Interessen, Ziele und imperiale Expansionen verfolgte, zugleich aber mit Nazi-Deutschland in vielfältiger Weise kooperiert und auch am Krieg an der Seite von Wehrmacht und Waffen-SS teilnahmen.

Mit der Zerschlagung der Macht des NS-Staates war die Existenz des Nationalsozialismus nicht zu Ende. Seine verbliebenden Anhänger versuchten sich mit der neuen Lage zu arrangieren und richteten sich in den späteren neuen zwei deutschen Staaten und der Besatzung von westlichen Alliierten und der Sowjetunion im Osten mehr oder weniger, auch verdeckt, ein, um einer Bestrafung zu entgehen und neue Kraft aufzuladen. Andere Anhänger brachen aus dem Gefühl der Sinnlosigkeit mit der NS-Ideologie und viele auch mit dem Bewusstsein von Schuld, begannen ein neues Leben in der Demokratie der Bundesrepublik oder der sozialistischen Diktatur der DDR, engagierten sich dort, viele auch aus einer neuen Überzeugung, die die rechtsradikale Weltanschauung als falsch erkannte und verwarf.

Es gelang besonders in der Bundesrepublik ehemaligen NS-Kadern, viele ungeläutert, in wichtige gesellschaftliche Positionen zu gelangen. Sie prägten in einem nicht geringen Maße die Meinungsbilder der Zeit, zumal ihr harter Antikommunismus auch von den herrschenden Demokraten gebraucht wurde. Es herrschte Kalter Krieg mit dem Ostblock und der Antikommunismus war

en vogue, das Band, das Nazis auch mit den bürgerlichen Demokraten verband, damals ein reflexhafter Mechanismus des gesellschaftlichen Lebens.

Auch in der DDR wurden ehemalige Nazis und Nationalsozialisten in das System integriert, seltener allerdings im Bestand der Eliten des Regimes. Eigens wurde dafür die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) gegründet, die an der Seite der SED als führende Macht agierte. Es wurde zumeist sehr hart mit den ehemaligen Funktionseleiten des III. Reiches umgegangen, die auch in der Regel große Schuld an Verbrechen und Repressionen auf sich geladen hatten. Nicht wenige wurden in der sowjetischen Besatzungszone in der Zeit des Stalinismus bis 1953 in sowjetische Lager geschickt. Straftaten aus rechtsradikalen Motiven wurden durch die Staatssicherheit und die Polizei zum Teil mit großem Aufwand verfolgt. Rechtsradikale Organisationen wie Vereine und Parteien waren verboten, sie konnten nur im Heimlichen entstehen und hatten wegen der Kontrolldichte, die der Staat und die Parteien der Nationalen Front entfalteten, keinen langen Bestand. Gleichwohl bildeten sich immer wieder rechtsradikale Gruppen und Netzwerke.

In beiden deutschen Staaten erneuerte sich der Rechtsradikalismus in unterschiedlicher Weise, in mehreren Wellen und Ausprägungen, was sich über die deutsche Einheit im Jahre 1990 hinweg fortsetzte, besonders in den 1980er Jahren in der DDR.

Die rechtsradikalen Gruppen, Organisationen und Personen in der Bundesrepublik verorteten sich lange Zeit, viele bis heute, im „III. Reich“ der Nationalsozialisten. Im Kern traten sie gegen die geistige und militärische Macht des Westens und der Sowjetunion auf. Sie sahen sich veranlasst, der BRD und der DDR, die sie als Vasallen der Siegermächte ansahen, Widerstand leisten, letztlich die NSDAP und den Hitlerstaat als Konstruktion zu reorganisieren. Neue Strömungen und ideologische Konstruktionen entstanden nach und nach und verließen auch die Plattformen des NS des „III. Reiches“, knüpften an Richtungen der 1920er Jahre an oder begründeten neue Zusammenhänge, Stile und Aktionsformen, wie das besonders nach der Einheit der beiden deutschen Nachkriegsstaaten festzustellen war.

In der DDR führte der Rechtsradikalismus ein Schattendasein. Er existierte in kleinen Gruppen, Zirkeln, in Familien, in gedeckten Diskursen, in Personen und Aktionsprojekten, zu denen nicht wenige Verbrechen und Demokrativakte gehörten. Rechtsradikale Parteien, offizielle Organisationen wurden schon im Gedanken durch den Staat intensiv verfolgt, wenngleich eine öffentliche Aufarbeitung der Ideologie, von Schuld nur unzureichend erfolgte. Zwar war der „Antifaschismus“ Staatsdoktrin. Er erstarrte allerdings schon von Anbeginn in der Diktatur und unterdrückte selbst seine Protagonisten. Das „Sozialismusprojekt“ wurde sogar auf einer völkisch-nationalen Basis aufgesetzt, was für alle Staaten der sowjetischen Einflusswelt zutraf, eine Entwicklung, die mit der Auflösung des parteidiktatorischen Staats-Sozialismus mit staatskapitalistischer Plan-Wirtschaft offen sichtbar wurde und die die völkisch-nationale Wende in diesen Ländern nach 1990 vollendete. Es entstanden nach dem II. Weltkrieg zunächst unter der Flagge der „Volksdemokratie“ sozialistisch orientierte Regime, dann mit der Auflösungswelle des Sowjetsystems ethno-demokratische Staaten auf kapitalistischer Grundlage, von denen einige heute in rechts-solidaristisch-autoritäre Regimes, wie Ungarn, umschlagen, obgleich sie in der Europäischen Union sind.

In den 1980er Jahren erneuerte sich der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, dessen Dynamik bis heute, trotz vieler Brüche und Flauten, in der Tendenz anhält. Diese Entwicklung vollzieht sich überall in Europa, in West und Ost.

In der DDR bildete sich in der gleichen Zeit über mehrere Phasen eine eigenständige NS-Bewegung heraus, von völkisch-nationalen Stimmungen und Gruppen flankiert, die breite Reso-

nanz erfuhren. Die NS-Bewegung etablierte sich in der DDR als ein sich selbst organisierendes System ohne Parteien auf der Basis des Prinzips der kleinen Gruppe, die staatliche Repression und gesellschaftliche Ächtungsversuche gut und lebendig überstehen konnte. Zum Ende der SED-DDR 1989/90 bestand ein NS-Netzwerk, das in alle Teile der DDR reichte, von hoher Aktivität und Militanz geprägt war und den Grundstock für die Vereinigung mit den westdeutschen NS-Gruppen bildete, so insbesondere die Netzwerke der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) um Michael Kühnen, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) und die Nationalistische Front (NF) sowie die zwei Skinheadnetzwerke, die sich dann als Hammerskins und Blood & Honour etablierten und nach 1990 zeitweilig sehr einflussreich wurden. Daneben existierten weitere Zusammenschlüsse, die eher von regionaler Bedeutung waren und aparte ideologische und persönliche Eigenarten ihre Führungspersonen aufwiesen. Von westdeutscher Seite versuchte die Deutsche Volksunion (DVU) um den heute verstorbenen Verleger Dr. Gerhard Frey und die Partei Die Republikaner (REP) um den ebenfalls verstorbenen Journalisten Franz Schönhuber, die 1990 einen stärkeren Aufwind erfuhren, der aber nach der hergestellten deutschen Einheit und der veränderten Asylpolitik der Bundesrepublik schnell wieder verfloss. Beide Parteien trafen die Lebenssituation der Menschen in ihrer Agitation und Propaganda nicht und konnten sich von außen in Ostdeutschland nicht fest etablieren, im Unterschied zu den Neonazis, die ihre Netzwerke, ihre Existenz und relative Stabilität schon aus den Verhältnissen und Lebensumständen der DDR herleiteten. Eher gelang es der Nationaldemokratischen Partei (NPD) des Westens von der deutschen Einheit 1990 zu profitieren, besonders nach 1995 durch das Zusammengehen mit den Ultranationalisten und NS-Anhänger, die ganze Flügel- und Regionalverbände bis in die Gegenwart hinein stellen, was die Verfassungsfeindlichkeit der Partei deutlich unterstreicht, was auch der ehemalige Parteivorsitzende Holger Apfel bestätigt. Andere rechtsradikale Parteien bleiben marginal. Erst die Entwicklung von „Autonomen Nationalisten“ in den 2000er Jahren öffnete den Weg in neuere Formate eines „nationalen Sozialismus“, der nicht mehr allein auf das „III. Reich“ setzte, freilich ohne auf die Tradition zu verzichten. Sie orientierten sich stärker an der Globalisierung denn an der Vergangenheit, an der sozialen Frage, der aktuellen Migration und der prognostizierten „Überfremdung“, die zu stoppen und das Deutschtum zu retten sei. Die Demokratie sei als politische Ordnung mit der inhärenten Menschenrechtsvorstellung das Problem, das es zu beseitigen gilt. Eine Denkfigur, die deutlich in der Gegenwart herausgestellt wird und Feindbilder danach ausgebildet werden. Die „Volksgemeinschaft“ wurde als Paradigma in den Mittelpunkt gestellt. Eine besondere Triebkraft stellt die Annäherung an den Antikapitalismus der modernen Ultralinken dar, die vom Ideologischen bis zu Stilmitteln öffentlicher Aktion reicht, so der „Schwarze Block“, der auch in der NS-Szene zu einer Größe geworden ist. Die Parteien III. Weg und Die Rechte stellen Organisationsformate dieses Amalgams rechtsradikaler Bewegung dar und versuchen ihren Einfluss deutlich zu steigern.

Die Ursachen rechtsradikaler Entwicklungen, Stimmungen, Ideologien und Organisationen waren in beiden gesellschaftlichen Systemen im Detail unterschiedlich. Angesichts analoger Entwicklungen des Rechtsradikalismus in Ost und West in der Zeit der Systemauseinandersetzung lassen sich im Vergleich der Entwicklungen drei wesentliche Faktoren feststellen, die rechtsradikale Dynamiken in Gang setzen und nähren: Stagnation und Verfall, Hypermodernisierung und Dysfunktion sozialer Systeme als Erwartungsbruch und Unberechenbarkeit, so der Demokratie, der politischen und persönlichen Freiheit der sozialen Sicherheit und rechtlich-normativen Berechenbarkeit.

3. Demokratische Kultur und Deradikalisierung

Rechtsradikalismus ist nachgewiesen immer ein Angriff auf die universellen Menschenrechte, die in vielen Demokratien Staatsdoktrin sind, wenngleich das ein tägliches Ringen ist. Als ge-

schichtlicher Ertrag ergibt sich eine demokratische Kultur, die sich im Leben der Menschen etabliert und die das Leben normativ beeinflusst, gestützt durch eine Rechtsstaatsordnung und staatliche Schutzpflicht, die mehr oder minder gut wahrgenommen wird. Demokratische Kultur ist die reale und relativ stabile Ausprägung von im Alltag lebendigen Werten des Humanen, Demokratischen in Bezug auf die Freiheit als Möglichkeit persönlicher Existenz und ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als Funktionssystem. Das betrifft alle Bereiche des Gesellschaftlichen, die Wirtschaft ebenso wie das Soziale, Politik, Staat und Kultur.

In Deutschland geht das 1949 geschaffene Grundgesetz (GG) von der basalen Funktion der Menschenrechte aus, was sich auch als ein Hauptkriterium des Widerspruchs zwischen Demokratie als politische Grundordnung (demokratischer Verfassungsstaat) und Radikalität im politischen und rechtlichen und letztlich menschenrechtsfeindlichen, antisozialen Sinne. Insofern ist die bürgerlich demokratische Ordnung jene mit der höchsten kulturellen Fortschrittsqualität, die sich geschichtlich herausgebildet hat. Das kann der Rechtsradikalismus nicht annehmen, wenn er sich nicht selbst auflösen möchte, umgekehrt geht es genau um die Beseitigung dieser Ordnung und die Einsetzung einer anderen Wertordnung als Grundlage des Zusammenlebens und der Macht. Menschen, die diese Grundvorstellung in sich aufnehmen und aufgenommen haben, dafür allein und neben anderen dafür missionarisch aktiv sind, sich deswegen zusammenschließen, sind zu Recht als Rechtsradikale zu bezeichnen.

Es bildeten sich neben dieser rigiden Vorstellungswelt und Praxis seit dem Erstarken des Rechtsradikalismus in Deutschland seit 1990 eine Vielfalt von Gegenstrategien und ihre Paradigmen heraus, die sich letztlich alle an den Grundnormen des bürgerlichen Rechtsstaats messen lassen müssen und dem alle Paradigmen ihre Referenz zu erweisen haben, sofern die gesellschaftliche Grundordnung nicht selbst verworfen und bekämpft wird.

Das Paradigma des Antifaschismus ist als Bewegung in sich heterogen und kann an dieser Stelle nicht ausdifferenziert dargestellt werden. Gleichwohl sind ihm Grenzen gesetzt, die aus seiner Natur selbst entspringen, sofern der Weg in einer selektiven Verteilung von Menschenrechten gesehen wird, ein Problem, das der Antifaschismus in den Ostblockstaaten produzierte, aber auch heute virulent ist. Bei einer Lesart des Antifaschismus, der an der menschenrechtlichen Funktion des Demokratischen sowie menschlicher Freiheit und Autonomie als Lebens- und Gestaltungspotential, nach Maßstab des allgemein historisch Möglichen des Menschen aus seinen entfalteten Wesenskräften, stellt sich die Situation anders dar. Das reicht bis in die Frage von Gemeinsamkeiten mit anderen Kräften, die gegen den Rechtsradikalismus eintreten.

In der Bundesrepublik Deutschland bildeten sich neben dem Antifaschismus andere Paradigmen heraus. Die weitestgehend mit dem Staat verbundene Linie wird als Paradigma der „wehrhaften Demokratie“, das den Verfassungsschutz als staatliche Institution mit geheimdienstlicher Dimension enthält und einen Staatsschutzkomplex (Polizei, Justiz, Nachrichtendienste) vorhält, der nicht allein auf den Rechtsradikalismus ausgerichtet ist.

Der Staatsschutz- und Verfassungsschutzkomplex der Sicherheits- und Justizorgane, der den Einfluss auf andere staatliche Ämter und Behörden einschließt, handelt nicht wie in Diktaturen freihändig, sondern mit rechtlichen Bindungen, um die beständig in Bezug auf die Menschen- und Bürgerechte gerungen wird. Dabei sind immer wieder Durchbrechungen festzustellen. Als ein wichtiger Komplex wird die geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus angesehen. Im Mittelpunkt stehen jedoch die Repression sowie die Resozialisierung von politisch-motivierten Straftätern als auch die Beobachtung von extremistischen Gruppen und Personen, die staatlich zu solchen erklärt wurden, dass sie und wie sie sich verfassungswidrig (verbotene Betätigung) oder verfassungsfeindlich (disqualifizierte, doch nicht verbotene Betätigung) verhalten.

Die Etikettierung als extremistisch erfolgt anhand von rechtlichen Normen, wenngleich der Ansatz ein politischer Normenzusammenhang ist, der allerdings rechtliche Wirksamkeit erlangt und nicht beliebig erfolgen kann, was jedoch nicht selten im politischen Gefecht zur Vorteilerlangung in der politischen Konkurrenz geschieht.

Die demokratische Kultur als Gedanken- und Handlungskomplex ist ein Paradigma, das sich mit Vorläufern seit den 1990er Jahren herausgebildet hat. Es ist im Wesentlichen an die Organisationen der Zivilgesellschaft gebunden, die als ihr Meinungsträger und sozialer Akteur als Graswurzel- und Diskursbewegung bei hoher Pluralität hilfreich ist und zugleich Wächterfunktion neben dem Staat und Medien ausübt. Die heutigen Entwicklungen dieser Landschaft sind in Bezug auf die Zurückdrängung auf die Bearbeitung der Radikalitätsdimensionen und ihrer gesellschaftlichen Existenzbedingungen höchst unterschiedlich und nicht nur zielführend, manche davon kontraproduktiv. Durch die finanzierende Präsenz der Staatlichkeit in diesen Segmenten der demokratischen Kultur als Akteurs-Bereiche gestaltet sich der innere Charakter der demokratischen Kultur als Lebensorientierung und persönlicher Orientierungsraum als widersprüchlich und erzeugt einen Sog zu rigider Zeitgeistentwicklung, zu Konformität und Schematismus in Analyse und Entwicklung, in die auch die Medien eingebunden sind.

In den 1980er Jahren bildeten sich Ansätze jugendbewegter Sozialarbeit gegen den Rechtsradikalismus oft mit antifaschistischem Impetus heraus, der auf die Freiheit repressierter Jugendkulturen als bürgerlich-kapitalistisches Produkt der Entfremdung setzte. Die damit verbundenen Theorien entstammten sämtlich marxistischen Lesarten, die mit anderen philosophischen Ansätzen in der Folge eingekreuzt wurden. Daraus entsprang das Jugend- und Jugendarbeits-Paradigma, der Sozialarbeit mit Jugendlichen, die die radikale Person allein als individualisiert, entfremdet betrachtet, die Radikalität als Schrei nach wahrer Kollektivität, nach „Liebe“, wie ihn die „Ärzte“, dieser Schule folgend besingen, gedeutet werden. Aus den anfangs noch tat-sächlich emanzipatorisch angelegte Profilen in der sozialen Arbeit mit spezifischen Betroffenen-gruppen entstanden angesichts der rechtsradikalen Bedrohung besonders in Ostdeutschland der 1990er Jahre, aber auch in Gebieten in Westdeutschland schematische Adaptionen auf ein un-bekanntes Feld, dem des Rechtsradikalismus als „Kultursystem“, zudem noch in einer weitgehend unbekanntem sozialen und ideologisch-mental Landschaft, so der ehemaligen DDR, eingehüllt in die Aura allwissender Wissenschaft und damit verbundener Unanfechtbarkeit, den geistigen Raum der vom Kommunismus verlassenen Leere hegemonial einnahm.

Es dimensionierte sich mit staatlicher Förderung seit 1990 eine wissenschaftlich apostrophierte und sozialarbeiterische individualisierte Träger-Industrie und Programme, die eine Deradikalisierungsabsicht enthielt, die jedoch wegen der Rahmenbedingung inhaltlichen Eindimensionalität nur selten eingelöst werden konnte, was sich allein an der Entwicklung der Zahlen rechtsradikaler Kriminalität ablesen lässt. Wegen ihrer schillernden Optik dient sie bis heute als Beschwichtigung- und Vorzeigeelement und als Instrument medialer Präsenz für politische Verantwortungskreise aller Richtungen, die oft nur am Rande des Radikalitätsgeschehens agieren, nur selten davon persönlich von Radikalität direkt angefasst werden, was politischen Entscheidungen anzumerken ist. Erst mit dem Ansteigen des radikal geprägten Gewaltpegels und Erfolgen neuer völkischer Strukturen nach 2010 wird verstärkt in diesen Sektor investiert, ohne den Kontext gewohnheitlicher Ansätze verlassen zu können. Das entspricht oft nicht dem tatsächlichen Anforderungsbild.

4. EXIT-Strategien – Sinn und Zweck

EXIT-Strategien sind ihrer Natur nach integrierte Strategien, die sich sowohl auf den Einzelnen als auch auf die allgemeinen Lebens- und Tätigkeitszusammenhänge beziehen. Ziel ist es, Persönlichkeit und Radikalität zu entkoppeln und die Person in einen Entwicklungszusammenhang zu integrieren, der sich an den Werten menschenrechtlich-demokratischer Kultur orientiert, so

zumindest die Philosophie von EXIT-Deutschland und einiger andere Träger, die dafür in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland stehen.

Von der Herkunft und den Einflussgrößen der Entstehungen aus gesehen, fließen aus allen vorgestellten Paradigmen Elemente in den EXIT-Strategien zusammen und modifizieren jeweils Schwerpunkte der einzelnen Akteure. So entstand seit den 1990 Jahren eine Landschaft von Möglichkeiten und Tätigkeitsfeldern, deren Orientierungen und Wirksamkeiten sehr unterschiedlich gelagert und die meisten auf tatsächliche Erfordernisse experimentell und auch professionell ausgerichtet sind. In einer aktuellen Untersuchung konnte festgestellt werden, dass sich das Feld der EXIT-Strategien im demokratischen Raum aus staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen zusammensetzt, die jeweilige Rollen und Verständnisse artikulieren. Ihre Praxis der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus erstreckt sich auf die Mehrheit der Bundesländer in Deutschland, ausgenommen das Saarland, Bremen und Berlin als Bundesland. Bundesweit arbeitet EXIT-Deutschland mit Unterstützung des Bundes als staatliche Körperschaft, dabei politisch und inhaltlich autonom. Im Kern geht es auf der Oberfläche betrachtet um den „Ausstieg“ aus dem Rechtsradikalismus in allen seinen Erscheinungsformen, geistig und auch faktisch.

Die Tätigkeit der EXIT-Strategien und ihrer Träger setzt an allen Phasen der Radikalisierung von Personen und Gruppen an, greift in soziale Mechanismen ein, beeinflusst Diskurse und Wahrnehmungen von gesellschaftlichen Tatbeständen, ist Werteproduktion ebenso wie eingreifende Kritik. Das Handeln kann dabei auf verschiedenen Schwerpunkte gerichtet sein und dabei auch arbeitsteilig erfolgen, wie nach den eigenen Möglichkeiten als Akteur, den materiellen und personellen Voraussetzungen und den identifizierten Wirkungsrichtungen des Handelns. Dazu gibt es jeweilige Indikatoren, die sich aus den Situationen, in denen sich die Akteure in Bezug auf das Bewegungsfeld des Rechtsradikalismus befinden. Der Situationsbezug des Handelns bedingt zugleich beständig, die gesellschaftliche Lage im Blick zu halten, die Entwicklung des Rechtsradikalismus zu verfolgen, seinen konkreten Einfluss zu bestimmen und Möglichkeiten der Intervention in das Feld zu finden, dabei Personen und Gruppen ansprechend. Sie gilt es, unter Nutzung von Kontaktschlüsseln und kommunikativen Instrumenten, unter Nutzung verschiedener Situationen und Kontaktzweigen, in denen sich Rechtsradikale befinden, zu affizieren, um Zweifel am Wahrheitsgehalt der rechtsradikalen Überzeugungen aufzubauen und wirksam werden zu lassen. Die ausstiegsorientierte Kontaktpolitik kann im Netz, in Stadtteil, im Dorf, in der Schule, im Gefängnis, auf der Polizeistation aber auch anderswo erfolgen. Es muss nicht immer die durchgefeilte Sozialarbeit sein, die gemäß dem Jugendparadigma der ‚Postlinken‘ und ‚Jugendforscher‘ besonders erfolgreich sein soll, was jedoch nicht belegt ist, eher umgekehrt, wie die Analysen der „akzeptierenden Jugendarbeit“ und dazu aufgelegter staatlicher Programme zeigen. Damit soll nicht die Sozialarbeit als eine Möglichkeit und sogar als Erfordernis bestimmt sein, jedoch herauslöst aus ihrem Rahmen der Omnipotenz. Vor allem geht es in der distanzierenden Kontaktpolitik mit Rechtsradikalen um die Wertefestigkeit, Souveränität und Authentizität der anderen, nicht rechtsradikalen Überzeugung und Mentalität. Von dort aus ergeben sich Impulse des zweifelnden Fühlens und Denkens, wenngleich Elemente von Propaganda auch dort vorhanden sind, die allerdings in den Mittelpunkt geraten dürfen, da solche Lagen im Allgemeinen erkannt und damit in Gegenläufigkeit führen.

Dieser spezifische Kontakt-Prozess kann als Tätigkeit der Distanzierung verstanden werden, der in eine andere Phase übergehen kann, die innerlich einen „Ausstieg“ von Rechtsradikalen aus der Bewegungswelt vorbereitet. Sie ist von Überzeugungsschwankungen und Labilität gekennzeichnet. Gelingt es dem zweifelnden Rechtsradikalen einen Ausstiegsentschluss zu fassen, kann er mit oder ohne Hilfe die Szene verlassen, mit allen Folgen, die eintreten können und zumeist auch eintreten. Kennzeichnen dieser Situation ist es, dass die Labilität seiner persönlichen Lage weiter zu-, statt abnimmt. Eine Phase, die es zu ventilieren gilt, mit Durchstehvermögen. Zeit-

gleich entfaltet sich die Tätigkeitsstruktur der Integration in die Welt der demokratischen Kultur mit der ihr eigenen Sprache und Mentalität, auf die sich die Aussteigenden einlassen und vor allem eigenständige Integrationsleistungen vollziehen müssen.

Es geht in den EXIT-Strategien, die sich im Engagement für Deradikalisierung dem Paradigma der demokratischen Kultur verpflichtet sehen, primär um die vollständige Herauslösung von Personen und Gruppen aus dem Rechtsradikalismus als Bewegungssystem und das dauerhaft.

Deradikalisierung bedeutet, dass die rechtsradikale Gesamtbewegung und in den internen Teilen und Bekenntnissen nicht nur gewechselt oder ein Ruhemodus eingenommen wird, sondern die Szene in allem verlassen, die Ideologie in Gänze überwunden wird, Aggression und Gewalt aus dem Verhaltensarsenal entfernt werden, Denken und Fühlen sowie die Tätigkeitsstrukturen neu geordnet und aufgebaut werden.

Ziel aller Bemühungen ist es, dass die „neue Person“ jenseits des Rechtsradikalismus herausgearbeitet wird, was mit dem Aufsetzen einer neuen Persona-Maske nichts gemein hat. Das gilt auch für Personen, die in andere oder auch anderer menschenrechtsfeindliche Ideologien und politische/religiöse Bewegungen verstrickt sind. Das bedeutet nicht, dass dafür ein anderes Paradigma, wie das Antifa-Paradigma oder das des Staatschutzes künstlich ideologisch, mental oder organisatorisch der Persönlichkeit neu vorgesetzt werden soll.

Es geht um die (Selbst)Befähigung zu werthafter Freiheit als Lebensauffassung und um selbstbestimmtes, verantwortliches gesellschaftliches Handeln im Geiste der Freiheit und Würde jedes Menschen, im Geiste von Menschenrechten und Humanität, die jedoch nicht verschiedenen Blauäugigkeiten verfallen ist. Das schließt die gedankliche Seite ebenso ein wie die mentale-affektive Struktur der Persönlichkeit. Insofern ist der Vorgang ein unter Hilfen ablaufender Prozess der Selbstbestimmung und Tätigkeitsgestaltung, der einer neuen Wertauffassung vom Menschen folgt. Er ist nicht nur auf einzelne Aspekte beschränkt, wie die kriminelle Rückfallgefährdung allgemein und in Sicht auf politisch-ideologisch motivierte Kriminalität, so wichtig sie auch für die demokratische Kultur als Faktor sind und deshalb nicht vernachlässigt werden dürfen.

Aus dem Blick auf die rechtsradikale Bewegungslandschaft ist über Deradikalisierungsstrategien eine Schwächung der Gesamt-Bewegung und der einzelnen Teile als ein Erfolgskriterium intendiert, das sich in verschiedene Faktoren aufspreizt:

- Verringerung der Anzahl der Szene-Protagonisten, Gruppen, Netzwerke und politischen Organisationen und Projekten in der analogen und digitalen Welt
- Verringerung des Aktionspotenzials, der Zahl und Intensitäten von Aktionen aller Formate
- Verringerung der Zahl von Straften und ihrer Schwere, insgesamt Abbau des Gewalt- und Machtprozesses der rechtsradikalen Bewegung

Zugleich soll der Komplex der demokratischen Kultur gestärkt werden, was sich auch in der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit qualitativ bemisst. Hier ist ein Maßstab der Einflusskraft des Demokratischen gegeben, der sich nicht ausschließlich aus der repressiven Anpassungsmacht speist, die militanten Strategien des Niederhaltens innewohnt und die eigentlich für das Demokratische ausschließlich einen Notwehrcharakter haben sollte, wenn die demokratische Substanz nicht verloren gehen soll.

Eine grundlegende Erfahrung in der Auseinandersetzung mit rechtem Radikalismus entspringt dem repressiven Antifaschismus, wie er in der DDR erfolgte: Interventionen des Staates und öffentliche Ächtung konnten allein den Aufstieg des Rechtsradikalismus und Nationalismus nicht aufhalten, sondern wirkten sogar, weil vereinseitigt, verstärkend.

5. Entwicklungen von Exit-Strategien, Verbreitungen und Ergebnisse

Historisch und in Bezug auf den deutschen Rechtsradikalismus gesehen, gab es die erste Episode von Exit-Strategien in den 1920er und frühen 1930er Jahren, als es in sozialdemokratischen und kommunistischen Antifaschismus noch nicht inopportun erschien, „Aussteiger“ aus der NSDAP, der SA und anderen NS-Organisationen in die eigenen Reihen aufzunehmen. Die nationalsozialistische Terrordiktatur änderte die Lage erheblich.

Stalin sah es zum Ende des Krieges als sinnvoll an die Kampfkraft des Feindes durch das Motivieren zum Überlaufen von Deutschen auf die Seite der Sowjetunion zu schwächen. Deswegen wurde das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) gegründet, in dem Kommunisten mit Wehrmachtsgeneralen, Offizieren und Soldaten zusammenarbeiteten, um eine antifaschistisch-demokratische Ordnung in Deutschland zu begründen, mit dem Ergebnis des bekannten Scheiterns des antifaschistischen Pluralismus und der Verhärtung des Antifaschismus zu einer Diktatur.

Die nächste größere Aktivität von Exit-Strategien aus dem Rechtsradikalismus entwickelte sich mit dem Jahr 1990, als sich die demokratische Veränderung in der DDR vollzog. Im dortigen - vom DSU-Innenminister Diestel geführten - Zentralen Kriminalamt entstand in der Abteilung VII – Extremismus, eine Staatsschutzabteilung, zuständig für die Bekämpfung extremistischer Kriminalität und Terrorismus und von Spionage sowie der Aufklärung von Regierungsdelikten der DDR, die zugleich mit der Strafverfolgung eine Ausstiegsstrategie aus rechtsradikalen Gruppen und Organisationen, der Abrüstung von Aktivitäten und Verringerung derer Einflüsse, der Dekonstruktion von Ideologie und Gewalt entwickelte und sich auch den individuellen Ausstiegsbewältigungen mit einer eigenen Methodik, die bis heute in EXIT-Deutschland, angereichert durch das Paradigma der demokratische Kultur, fortlebt. Das Amt wurde 1992 in LKA's überführt, mit hin die Ausstiegshilfen der Polizei und anderer Behörden in Deutschland beendet wurden, ein Umstand, der später die Entwicklung des NSU-Komplexes begünstigte. Erst im Jahr 2000 begann mit EXIT-Deutschland ein neuer Ansatz für ganz Deutschland im Berliner Zentrum Demokratische Kultur.

Mit der Gründung des Zentrums Demokratische Kultur in Berlin – heute ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH - wurde der Kripoansatz neu verarbeitet und in die Mechanismen kommunaler, sozialräumlicher sowie diskursiv-medialer Zusammenhänge integriert. Daraus entstand als Teil des zivilgesellschaftlichen Community Coachings das methodisch spezifische Format und Label EXIT-Deutschland, das die erste deutsche, professionell angelegte Organisation abbildet, die Angebote des Ausstiegs aus rechtsextremen Gruppen und der Integration von Extremisten und Terroristen in die demokratische Gesellschaft anbietet.

Im Jahr 2001 wurde eine Familienberatung entwickelt, 2008 eine Fachzeitschrift Journal EXIT – Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur und ein AKTIONSKREIS ehemaliger Extremisten gegründet, der sich mit Counter Activity beschäftigt und seit kurzem eine eigene Internetseite unterhält, die international vernetzt ist und begonnen hat, auch ehemalige Islamisten zu integrieren.

Das Portfolio des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK) wurde angesichts der Lageentwicklung im Jahr 2001 auf den Phänomenbereich Islamismus erweitert, was bis zu dieser Zeit öffentlich weitgehend ignoriert wurde. Es wurde durch das ZDK ein auf dem Community Coaching aufbauendes Projekt entwickelt, das als Arbeitsstelle Islamismus und Ultrationalismus (AStIU) figurierte.

Angesichts der Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Lage und des Aufwindes rechtsradikaler Aktivität gilt es im Bereich der demokratischen Kultur, die Auseinandersetzung damit

weiter zu entwickeln. Deradikalisierung ist dafür ein in seiner Bedeutung deutlich angewachsen-des Format.

Um die Potenziale besser gestalten zu können und um Synergien freizusetzen galt es, ein aktuelles Monitoring der Entwicklung einzurichten und regelmäßige Updates über die vorhandenen Potenziale und ihre Profile, Kapazitäten, Ausrichtungen, Wirksamkeiten und Wirkungsrichtungen vorzunehmen. Dabei kommt es darauf an, nicht nur die zivilgesellschaftlichen Tätigkeitsprofile zu betrachten, sondern auch jene im staatlichen Bereich. Den Auftrag führte im März 2017 die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH in Berlin aus, die selbst Außenbereiche in Sachsen, Bayern und in Norddeutschland unterhält.

Im Jahr 2001 gab es in Sachsen eine weitere private Organisation der Ausstiegshilfen, hier sozialpädagogisch angelegt und anfänglich vom Landesjustizministerium gesponsert. Die Gunst verflieg und der Ansatz fristet zu Unrecht ein ungeliebtes und exkludiertes Schattendasein. Stattdessen wurde Jahre später eine separate von Innenministerium gesteuerte Konstruktion geschaffen, die jedoch bisher wenig Zugkraft auf die rechtsradikale Szene und potenzielle Aussteigende auszuüben vermöchte, stattdessen erheblich Mittel verzehrte. Der damalige Bundesinnenminister Schily (SPD) setzte 2011 seinen Einfall eines „Ausstiegsprogramms“ beim Bundesamt für Verfassungsschutz ins Werk, was auch genutzt wird, im Gegensatz zu manchen anderen späteren Neukonstruktionen, die in den Bundesländern besonders 2008 und nach 2010 oder später im Rahmen einer Separatismuswelle und ohne Rücksicht auf eine Erfahrungsstruktur geschaffen wurden, staatliche und zivilgesellschaftliche, die sich in unterschiedlicher Weise in politische und Arbeitsbeziehungen setzen. Dabei wirkte sich die bis heute stark anhaltende politische und fachliche Führungsschwäche des Bundes als staatliche Körperschaft und des Bundestages und ihrer Parteien in Fragen der Bekämpfung des rechten Extremismus und Terrorismus aus. Zwar wurden im Jahr 2013 Veränderungen angebahnt, die jedoch noch nicht die Erfordernisse einer gesamtgesellschaftlichen Deradikalisierungsstrategie und Ausstiegsorientierungen abdecken können. Das wirkt sich auch auf die Bekämpfung des militanten Islamismus aus, der dem Rechtsradikalismus ähnliche Züge in seinen menschenrechtsfeindlichen und eliminatorischen Denken und Handeln aufweist, ähnliche sozialpsychologische, kriminalitäts- und gewaltrelevante Bewegungsmechanismen ausgeprägt hat, die von scheinbar „politikarmer Subkultur“ bis zu Terrorgruppen reichen.

Heute gibt es bis auf das Saarland und in Brandenburg sowie Berlin und in Bremen in allen Bundesländern und in einer Stadt als rechtliche Körperschaften ausstiegsorientierte tätige staatliche und zivilgesellschaftliche Träger und Initiativen. Ihre Formate in den Deradikalisierungsprozessen, Qualitäten und Reichweiten sind höchst unterschiedlich angelegt und entwickelt. Alle zeigen einen Beitrag zum Deradikalisierungsgeschehen und Wirksamkeiten, die sich direkt oder indirekt als wirksam erweisen oder erweisen können. Zusammengefasst und gezählt haben die Träger bis zum Jahr 2017 über 1800 Personen aus der rechtsradikalen Szenerie heraus- und aufnehmen können, über die Hälfte davon die zivilgesellschaftlichen Initiativen, allein EXIT-Deutschland über 650 Personen, davon ca. 25 Prozent Frauen. Darunter waren - sofern bekannt - Menschen aus allen Spektren des Rechtsradikalismus und sozial aus allen sozialen Schichten, Bildungsverläufen und Altersgruppen, konzentriert darunter Männer im jüngeren Erwachsenenalter mit entwickelteren rechtsradikalen und oft militanten Karrieren in der Szene. Es werden Typen der Verweildauer im Ausstieg von bis zu einem Jahr, von 1-3 Jahren und Personen die 5-10 Jahre oder länger mit dem Ausstiegs-Bezug und den dortigen Hilfen und Einbindungen einhergehen, sichtbar. Bei einigen Trägern, die direkte Ausstiegshilfen und Integrationshilfen anbieten, laufen Kinder auf, die nicht selten in Flucht-Haushalten aussteigender alleinerziehender Mütter und Väter aufwachsen, manche mit erheblichen Prägungen in einer rechtsradikalen Lebenswelt. Eine Größe, die qualitativ und statistisch nicht klar erkannt ist. Besondere Erschwernisse erleben Mütter solcher Kinder, wenn sie in immer wiederkehrende Verfolgungsla-

gen durch die militante rechtsradikale Szene geraten, worauf die staatlichen Behörden, wie generell nicht vorbereitet sind, ein Zustand, der schon viele Jahre anhält. Ein großes Problem stellen die Feme durch die rechtsradikale Szene und die Erschwerung der Ausstiegshilfe durch Behörden und gesellschaftliche Gruppen dar, ein Zustand, der bis in die verschiedenen Ebenen der Politik reicht und das Ungleichgewicht und die Mangelerscheinungen des Umgangs mit den Verschiedenheiten der Flüchtigen vor Gefahr für Leib und Leben durch die staatlichen Behörden und die Politik anzeigt.

Immer wieder werden in beiden Bereichen internationale Ereignisse bedeutsam, so in den 1990 Jahren der anwachsende Nationalismus in Europa mit den Kriegen in Jugoslawien und die Herausbildung es massiven islamistischen internationalen Terrorkomplexes besonders nach 2001 und den Kriegen im Irak, in Syrien, in Libyen und anderswo, islamistischen Erhebungen in vielen Regionen der Welt. Beide Bereiche reagieren im Kleinen und im Großen aufeinander und setzen in der Gegenwart neue Bedingungen für extremistische und ideologisch-politisch radikale Entwicklungen. Sichtbar wird, dass die Frage ausstiegsorientierter Strategien in diesen Zusammenhang eine neue Bedeutung erlangt hat, die in den staatlichen und politischen Institutionen verstärkt - aber praktisch kaum wirksam - gesehen wird. Eine gravierende Bedeutung erlangen die zumeist ungesteuerten, sozial und menschenrechtlich unbewältigten Migrationen und Flüchtlingsbewegungen und die damit verbundenen Instabilitäten in den Aufnahmeländern.

EXIT-Strategien werden international bedeutsamer. So haben Gremien der Europäischen Union Erfahrungen aufgegriffen, mit der Bekämpfung von Rechtsradikalismus verbunden und Erfahrungen, so auch aus Deutschland verbreitet.

6. Grundlinien und Formate der exit-orientierten Strategien

6.1.1. Präemptive Radikalitätsvorbeugung und demokratische Werte-Bildung

Die Radikalisierung in freiheitsfeindliche, menschenrechtswidrige Zustände, Denk- und Verhaltensweisen hinein und die Deradikalisierung als Counterprozesse werden oft als ein Phasenmodell vorgestellt: es beginnt mit einer Ausgangslage, in der Personen, Gruppen und Bewegungen noch keine Radikalitätsmerkmale entwickeln. Es können jedoch Anfälligkeitswahrscheinlichkeiten bestehen, die auf eine mögliche Aufnahme von ideologischer-politisch-religiöser Ideologie der Freiheitsfeindlichkeit, so des Rechtsradikalismus hindeuten. Schon hier können Handlungsstrategien entwickelt werden, die mit den Begriffen der Vorbeugung und präemptiven Vorbeugung einer Radikalisierung und der Radikalität als schon sichtbar manifesten Zustand umrissen werden können. Das auf die Personen und ihre Beziehungen, ihr Denken und Fühlen gerichtete Handeln von Personen und Organisationen, die eine Radikalisierung ausschließen sollen, wird von Akteuren sehr verschiedener Art präsentiert, die bei der Konzeptionierung und Gestaltung inhaltlich und methodisch beraten und begleitet werden können. Das Handlungsfeld umfasst in der Regel, ob das bewusst oder unbewusst erfolgt die Analyse der vorgefundenen Lage und ihre Bewertung, als eine Interpretation wie der rechtsradikalen Bewegung, Personen und ihren Zusammenflüssen begegnet werden. Bilanziert werden die eigenen Möglichkeiten und die der rechtsradikalen, ihre jeweiligen Fähigkeiten, Vorstellungen, Ziele und taktische Absichten, ihre Bedeutung in ihrem eigenen System und bezogen auf die demokratische Kultur in den jeweiligen Handlungsräumen.

EXIT-Deutschland und der Träger die ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH haben seit 1997 eine Methodik entwickelt, die als Community Coaching bekannt und in unterschiedlichen Zusammenhängen erprobt wurde. Diese ist besonders auf die Lebenswelt in entsprechenden Räumen, in denen rechtsradikale Bestrebungen sichtbar werden, gerichtet. Im Community Coaching wird nach einer Lagebewertung, ein Handlungsszenario, das dem Model der System-

aufstellung folgt, erarbeitet, um Radikalität zu verhindern, zu begrenzen oder sie auch rückführende Vorgänge zu bewirken. Orte des Handelns sind konkrete soziale Räume mit den dort handelnden Gruppen und Personen. So können es Kindergärten ebenso sein, wie Internetprojekte, Schulen, Jugendeinrichtungen, Dörfer, Regionen mit ihren öffentlichen Räumen, Gefängnisse oder Wohnheime. Einbezogen sein können Eltern, Kinder, Insassen, Beamte, Angestellte, Pädagogen, Polizisten, Richter, Abgeordneter, Politiker, Künstler, Freizeitgruppen, politische Gruppen, Firmen, jeder, der konkret ansprechbar und interessiert ist, nach den jeweiligen Möglichkeiten und Voraussetzungen. Es wird eine Frontlinie zwischen menschrechtlich-demokratischer Kultur und den rechtsradikalen Strukturen eröffnet. Es handelt sich um einen auf Emanzipation vom faschistischen Gestus gerichteten Prozess. Militanz als Weg und Ziel ist in diesem demokratischen Grundkonzept nicht enthalten, insofern unterscheidet sich der systemische Prozess des strategischen kulturellen Handelns gegen Rechtsradikalismus von situationistischen Ansätzen und rigiden Vertreibungsideologien, die das Ziel der physischen Exklusion bevorzugen. Als Prozess ist das systemische Handeln auf die Einschränkung der Wirksamkeit der Radikalität gerichtet.

Primär erfolgt aus den verschiedenen Erfahrungen heraus auf der Seite der methodischen Beratung und des Coaching als auch als Mobilisierungen. Die durchaus spezialisierten methodischen Felder sind zugleich integriert und beziehen sich aufeinander. Sie folgen einer jeweils eigenen Ethik, die sich in jeweiligen Leitbildern ausdrücken können, Kriterien und Maßstäbe des gesellschaftlich und darin demokratisch Gewollten und Normativen enthalten, wie sie etwa in Evaluationen aller Art in Anschlag gebracht werden, allerdings ein komplexes Feld, das der Gefahr des Schematismus und Dogmatismus ausgesetzt ist, besonders wenn es sich um Vorgänge handelt, die mit finanziellen Mittel zusammenhängen. Das ist in einer Zeit der Menschenrechte, Freiheit und Sicherheit nach Kassenlage, staatlichem und wirtschaftlichem Struktur- und Staatswohls eine sehr beachtliche Frage, die sich in Spannung zwischen Erfordernis und ermöglichtem Handeln bewegt.

Kriterien und Maßstäbe des gesellschaftlich Gewollten und Normativen manifestieren sich nicht nur im unmittelbaren Praxis der Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Positionen, sondern bestimmen in unterschiedlichen Maßen den Gestus des Handelns der Akteure und ihrer Organisationen. Dazu gehören allerdings keine gesetzwidrigen Übergriffe und Gewalt, ausnehmlich der Frage von Notwehr und Notstand oder Widerstand gem. Grundgesetz. Militanz aller Formen, wie er wieder seit einigen Jahren zunehmend in manchen Formaten eines situationistischerlebnisorientierten Mainstream-Antifaschismus dargestellt wird, widerspricht den Lehren eines ernstzunehmenden Antifaschismus auf die Anerkennung von grundrechte-gebundener Pluralität bei gleichzeitiger Parteilichkeit in Deutschland, wie sich aus dem II. Weltkrieg und der DDR-Diktatur ergibt und noch heute eine, wenn auch eine derzeitig marginale, Rolle spielt. Es sind Lesarten entstanden, die der Regression einer emanzipatorischen, auf die Freiheitsentwicklung gerichteten Bewegung zuspähen.

Gewalt ist ausschließlich Aufgabe des Gesetzes und der dafür bestimmten staatlichen Organisationen, auch wenn dort das Gebotene nicht erfüllt oder gar boykottiert wird, die Dysfunktion in der demokratisch wertgerechten Lebensgestaltung zur Kultur geworden ist. Das erfordert wiederum einen eigenen Protest- und Interventionsmechanismus, der ein eigener Bestandteil der Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus ist, wie er teilweise in Sachen NSU in Gang gekommen ist. Oft sind diese Aktivitäten in Richtung staatlichen und politischen Handelns genauso dramatisch aufgeladen wie die unmittelbar auf den Rechtsradikalismus bezogenen. Mehr denn je erweist es sich, in diesem Zusammenhang nicht nur die medialen und politischen, sondern besonders auch die rechtlichen Fähigkeiten zu stärken.

6.2. Intervention und Distanzierungsanstrengungen

Das Feld der allgemeinen präemptiven Vorbeugung von Rechtsradikalität und menschenrechtlicher Wertebildung geht in einen anderen Zustand über, wenn rechtsradikale Ideologie Besitz über Personen in allen Altersgruppen erlangt und auch zu Gruppenbildungen führt, mit den entsprechenden Dynamiken der „Mission“ gegen Demokratie, Menschenrechte und für eine rassistische Volksgemeinschaft zu kämpfen. Seitens der demokratischen Strukturen geht es jetzt auch spezifisch darum zu intervenieren. Das erfolgt mit dem Ziel, die Radikalisierung zu stoppen und nach Möglichkeit auszuräumen, also zu deradikalisieren, wie es allgegenwärtig modehaft verkündet wird. Unabhängig von der Hohlheit von Sprüchen ist das tatsächlich eine komplexe gesellschaftliche Aufgabe, zumindest jener, die sich berufen fühlen. Hierin können die Radikalierten selbst angesprochen werden. So hat EXIT-Deutschland im Kampagnen wie #rechtsgegenrechts, #hasshilft oder Trojaner-T-Shirt sowie mit der Internetseite www.ak-exit.de, die aus den Aktivitäten dem AKTIONSKREIS Ehemaliger entspringen, entsprechende Formate geschaffen. Sinn der Sache ist es, eine innere Dissonanz zu erzeugen, den Zweifel an der letzten Wahrheit des Rechtsradikalen anzusprechen und einen inneren Kritikkreislauf zu bewirken. In der Forschung werden derartige Tätigkeiten als „Distanzierungsarbeit“ bezeichnet. Die Wirkungen können sehr unterschiedlich sein, das hängt vor allem vom Grad der Radikalität ab in dem sich die Personen und Gruppen, die Bewegung insgesamt befinden, wie stark die Erlebens- und Handlungsdynamiken entwickelt sind. Es ist eben nicht damit getan, sich auf eine Person zu konzentrieren, wie es zumeist in der Jugendhilfe, im Polizei- und Justizbereich als auch im Gefängnis oder der Schule erfolgt. Solche ausschließlichen personenzentrierten Aktivitäten haben den Nachteil die Wirkungsbedingungen der „pädagogischen“ Ansprache auszublenden und den Schlüssel wirksamer Kommunikationen nicht zu erkennen, besonders wenn auch die ideologisch-politisch glaubensritualisierte Seite (der Gesamtfanatismus) komplett ignoriert wird und nur an den „sozialen Defiziten“ zum Zwecke der „Hilfe“, z.B. der Jugendhilfe und der Sozialarbeit Ausschau gehalten wird, wie es mit der „akzeptierenden“ Jugendarbeit oft geschieht.

6.2.1. Zweifel, Motivation und Ausstiegsvorbereitung

Wenn es dazu kommt, dass die Brücke aus der ideologischen Isolation und aus der einseitigen persönlichen Bindung an die rechtsradikalen Gesinnungsfreunde und Gruppen heraus beschritten wird, vollzieht sich eine Wende in der inneren und äußeren Radikalität. Das hat auch Wirkungen auf die Gruppen, ihren inneren Zusammenhalt und ihre Aktions- und Anziehungskraft. Es beginnt eine Zeit des Zweifels und des Haderns, der Suche nach Veränderung und einen Weg dafür. Hier ist es sinnvoll, die Zeichen zu erkennen und eine Kommunikation und andere Kontakte jenseits der Szene anzubieten, sicher eine komplizierte Angelegenheit in unserer heutigen Schwarz-Weiß-Zeit, die Mut wegen vielfältiger Anfeindungen nach dem Motto: „Mit Nazis spricht man nicht“. Die Kommunikation ist trotzdem und gerade sinnvoll und notwendig, wie das EXIT immer wieder erfahren konnte. Das WIE der Kommunikation ist immer wieder neu zu bestimmen, was sich aus den jeweiligen Situationen ergibt. Das Ziel ist ganz klar: Motivation zum Ausstieg und der Entscheidung dazu, die Brücke in die demokratische Kultur zu gehen. Die Kommunikation kann scheitern, sie ist aber nicht verloren, wie Ausgestiegene zeigen, die mehrere Ausstieganläufe und dabei unterschiedliche innere und äußere Zustände durchlebt haben.

Die auf Ausstieg gerichtete Suche und die dazugehörigen Entscheidungsprozesse, die an vielen Gedanken und Erfahrungen, Bedenken und Abwägungen zum biografischen Erleben, zur Szene, den dortigen Leuten, zu den eigenen Verstrickungen und moralischen Lasten, kriminellen Handlungen, zur Ideologie und den eigenen Perspektiven und denen der rechtsradikalen Bewegung geknüpft ist. Es ist nicht der einmalige Flash einer neuen ewigen Wahrheit, die die betreffenden befällt, auch wenn es Punkte gibt, die als eine Erleuchtung erfahren werden und die Entscheidung zum Ausstieg zu Ende führen.

6.3. Ausstieg: der Sprung

Ist die Motivation ausgereift, die rechtsradikale Gruppe zu verlassen, der Bewegung den Rücken zu kehren, beginnen viele neue Schwierigkeiten und Probleme. So gilt es, den „Kameraden“ die Botschaft des Ausstiegs zu vermitteln, ohne Leib und Leben, die Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Es muss die Art der Verkündung und der Kreis der Personen, die darin eingebunden werden, genau bestimmt werden. Die möglichen Reaktionen müssen in Gestalt von Szenarien durchgespielt werden, um Schäden für Beteiligte gering zu halten. Das ist selten leicht und mit vielfältigen Einzelheiten verbunden. Kritisch ist es besonders, wenn Kinder in dem Vorgang involviert sind. Geordnete Flucht kann ebenso mit diesem Schritt verbunden sein, wie auch die „Rundumverteidigung“. Die Varianten hängen immer von den konkreten Gegebenheiten, Gefährdungen und Möglichkeiten, über die verfügt werden kann, ab.

Gerade in den militanten Segmenten der rechtsradikalen Bewegung ist die Feme das Instrument, um die „Fahnenflüchtigen“ und „Verräter“, zu brandmarken, zu bestrafen, zu mobben und zu diskreditieren. Dabei scheint alles erlaubt, denn die Szene sieht sich selbst als Gerichtsbarkeit an, zumal die Bundesrepublik Deutschland als Staat abgelehnt wird und die deren Justiz nur zwangsweise als zuständige Instanz anerkennt, auch wenn oft über den Rechtsstaat geklagt wird, weil er nicht funktioniere.

Immer wieder geht es darum, mit Menschen zu brechen, die Rechtsradikale bleiben wollen, die in der Vergangenheit in den Erinnerungen der Aussteigenden einmal „wahre Freunde“ waren, nicht nur „Kameraden“, was sich eher als eine Funktion erweist. Ausstieg und der unmittelbare Bruch sind immer ein Desillusionierungsvorgang, der mit Illusionen aufräumt, die mit dem Eintritt in die Szene oft übermächtig entstanden und einstmals eine große Euphorie in den neuen Rechtsradikalen zu erzeugen wussten. Trotzdem gibt es bis zum Schluss nicht gebrochene innere Bindungen. Es ist für den Aussteigenden deswegen ein Schlüsselerleben, dass selbst bei den guten Freunden mit dem Ausstieg blanker Hass aufkommt, der in rigiden Gewaltwillen einmündet und Verfolgungsenergien freisetzt, die auch mit trainierten Fähigkeiten verbunden sind. Fahndung, Ermittlung, Bestrafung werden nicht selten mit erheblicher Fertigkeit durchgeführt. Insofern ist die ganz konkrete Ausstiegsstrategie immer engstens mit dem Schutz- und Selbstschutzaspekt verbunden und dem Bewusstsein, dass auf alte Verbindungen grundsätzlich nicht mehr gebaut werden kann. Deshalb gilt es auf die eigene Kraft und die eigenen und diese Erfahrungen und Fähigkeiten der Ausstiegs-Helfer und vertrauenswürdigen neuen Kontakt zu setzen, zumal selbst Personen in staatlichen Behörden für die Szene aktiv sind. Wichtig ist es deswegen keine unnötigen Spuren zu verursachen, die Fluchtpunkte verraten oder Zugänge ermöglichen. Vorausschau ist ein wichtiges Moment des Erfolgs der Absetzbewegung.

Nicht selten werden Aussteigende attackiert, nicht nur von ehemaligen Kameraden, die gerne zu mobbender Verfolgung und zur Femegehalt gegen die Aussteigenden oder auch ihre neuen Protagonisten, Helfer und auch Familienangehörige richten. Es kommt durchaus zu Gewaltakten erheblicher Art und es gab Fememorde, die allerdings eher selten sind, da die Strafverfolgung in diesem Segment vergleichsweise intensiv erfolgreich ist. Das bedeutet nicht, dass darauf verzichtet wurde, wie u.a. der Fall Ingo Hasselbach zeigt, gegen den und seine Familie eine funktionsfähige Päckchen-Bombe zugesandt wurde, die jedoch wegen eines Zufalls nicht explodierte.

Gewaltabsichten, Rache und Bestrafung in Rechnung stellend, kommt es für die Aussteigenden und ihre Helfer darauf an besonders auf die Sicherheit zu achten, was ganze Maßnahme-Kataloge füllt und Maßnahmen, nicht einmalig zu treffen sind, sondern immer den Situationen angepasst neu entworfen werden müssen. Polizei, Justiz und andere staatlichen Behörden sind nur selten die Garanten der Sicherheit und damit einer störungsfreien Integration, wie das bisher die bei

EXIT 690 betreuten Fälle belegen. Besonders eindrucksvoll war und ist der Fall der NS-Aussteigerin Tanja Privenau, die mit ihren fünf Kindern im Jahr 2005 ausgestiegen war, bis heute in einer Odyssee zu leben und dabei ihre Tochter verloren hat. In diesem Fall wurden unzählige staatliche Stellen und Gerichte befasst, bis zum Bundesverfassungsgericht, weil sich der Staat nicht in seiner Schutzfunktion für Aussteigende zu regeln weiß, ein Zustand, der bis heute anhält.

6.4. Ausstieg: Konsolidierung und Integration

Die Überzeugung einen richtigen Schritt zu gehen, kann dann auch in reale Schritte umgesetzt werden, ein neues Leben zu beginnen, sich gänzlich neu auf die Gesellschaft einzulassen und die Bestände des radikalen Daseins abzubauen. Es geht nicht nur allein um die Leitsätze der politischen Ideologie, die oft tief in die Persönlichkeit einschließlich der Körperlichkeit vorge drungen war und das Geschehen, das Dasein ausrichtete. Es beginnt ein Vorgang der Integration, der von der „Willkommenskultur“ gekennzeichnet ist. Sie ist derzeit wenig entwickelt und bereitet den Aussteigenden zumeist über die Gebühr Hürden im neuen Leben Fuß zu fassen, ganz im Unterschied zu manchen anderen Gruppen in der Bevölkerung.

Sehr oft ist der Ausstieg aus der rechtsradikalen Szene mit dem Wechsel des Wohnortes verbunden. Das schafft neue Freiheiten, bedingt aber auch vielfältige Probleme die mit der Suche nach geeigneten und bezahlbaren Wohnraum, mit Arbeit und Lernen oder mit sozialen, gesundheitlichen und psychologischen Fragen verbunden sind, die vielgestaltig auftreten können. Es ist nicht leicht einen neuen Wohnort zu finden, wo es keine Rechtsradikalen im Nahraum gibt und die Aussteigenden unerkannt bzw. geschützt bleiben. Das kollidiert oft mit dem Leben, das die Betroffenen lieber führen würden. Insofern und wegen verschiedener „Altlasten“ holt sie die rechtsradikale, nicht selten kriminelle Vergangenheit immer wieder ein. Diesen Komplex innerlich und mit vertrauenswürdigen Personen gemeinsam aufzuarbeiten, ist von großer Wichtigkeit. Einige der Aussteigenden teilen sich öffentlich mit, in Gesprächen, Vorträgen, Interviews und in Büchern und Filmen, gestalten in Arbeitskreisen, wie dem AKTIONKREIS mit, betreiben Kampagnen und Internetprojekte mit. Damit ist nicht nur ihnen selbst gedient, sondern sie setzen Botschaften an die ehemaligen „Kameraden“, den Ausstieg als Gewinn zu begreifen und die Hermetik der Szene ihre innere Unfreiheit zu erkennen.

Widerstand gegen die Aussteigenden ist nicht selten. Es besteht die irrationale Furcht sich und den eigenen Ruf, den der Organisation oder Firma zu konterminieren, wird die eigene Überheblichkeit bedient, immer auf der besseren Seite gestanden zu haben, als ein Gestus der abweisenden Heme. Diese Verhaltensweisen sind besonders in linken und antifaschistischen Kreisen anzutreffen, in denen die Radikalsten die These verbreiten: „Einmal Nazi - immer Nazi!“ und jeden als Dauer-Verbrecher ansehen, egal ob er und seine Gruppen selbst solche begangen haben.

Derartige Verhaltensweisen entsprechen nicht den humanistischen Idealen, die Schuld und Sühne zulassen, wie auch die Chance auf eine Änderung von Haltungen und Handeln, aus Einsicht und Erfahrung. Ideologische und politische Überheblichkeit aus antifaschistischer Sicht sind nicht angebracht, wenn festgehalten ist, dass in diesen Bewegungszusammenhängen Massensterbe, Gefängnis und Diktatur gegenüber unbescholtenen in vielen Zeitläufen und Regionen ein Lebensgesetz waren, wie in der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten, auch in der DDR, die manchen Antifaschisten körperlich und geistig zu Fall brachte. Diese, gegen die Menschlichkeit gerichteten Fehler sollten nicht wiederholt werden, wie es sich in der gegenwärtig zunehmend andeutet und die Irrationalität der hysterischen Stimmung um sich greift, das strategische Moment in den Hintergrund gerät.

Umgekehrt ist es sinnvoll, EXIT als ein Format des Antifaschismus zu verstehen, das sich nicht gegen den „bürgerlichen Humanismus“, die Freiheitsidee und das Demokratische stellt, sondern sie beständig konkretisiert.

